

E 9 -NR/XX. GP**Entschließung**

des Nationalrates vom 26. April 1996

betreffend Kernkraftwerke an Österreichs Grenzen

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre Politik für ein kernkraftwerksfreies Mitteleuropa zu intensivieren und dabei innerhalb der EU mit den kernenergiekritischen Staaten zusammenzuarbeiten.

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre Aktivitäten zur Reduktion des Gefährdungspotentials grenznaher kerntechnischer Anlagen, insbesondere der Kernkraftwerke Dukovany, Bohunice, Paks und Krsko fortzusetzen und energiewirtschaftliche Kooperationen und Unterstützungen für die Nachbarländer anzubieten, um dazu beizutragen, die Voraussetzungen für einen Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie in diesen Ländern zu schaffen und Alternativen zur Errichtung neuer Kapazitäten, u.a. für das Kernkraftwerk Mochovce, zu ermöglichen.

In Anbetracht der derzeitigen Situation betreffend das Kernkraftwerk Krsko wird die Bundesregierung ersucht, die Arbeiten der eingesetzten slowenisch-österreichischen Arbeitsgruppe zu intensivieren. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, in der EU auf die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten für nicht-nukleare Alternativen hinzuwirken, die auch der Republik Slowenien zugänglich gemacht werden sollten.

Die Bundesregierung wird ersucht, zu diesem Zweck wie bisher die erforderliche Unterstützung und die technische Kooperation sowie Energiepartnerschaften anzubieten, welche den Ausstieg aus der nuklearen Option und damit den Übergang auf umweltschonende Energietechniken möglich macht.

Die Bundesregierung wird ersucht, alle Möglichkeiten in ihren bilateralen oder internationalen Kontakten zu nutzen, um den österreichischen Standpunkt hinsichtlich der Ablehnung der Kernenergie und im Interesse grenzüberschreitender Sicherheitsvorkehrungen zu nutzen.